

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung 12/2019-2023

DATUM
18.03.2021

BEGINN
19:00 Uhr

ENDE
21:05 Uhr

SITZUNGSORT
GoToMeeting - digital

TEILNEHMER

Ortsamt: Inga Köstner, Vorsitzende
Maren Gagelmann, Charlotte Eckardt, Protokollführerinnen

Beirat: Barnabás Adam, Birgit Bäuerlein, Jochen Behrendt, Dr. Harald Graaf,
Claus Gülke, Hansjörg Hintmann, Piet Leidreiter, Michael Koppel,
Dirk Porthun, Manfred Steglich, Gudrun Stuck

Gäste:

- Christiane Schrader (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)
- Simone Geßner (Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa)
- Sonja Stagge, Christina Schmidt-Bohlmann, Dr. Bernd Haustein (Wirtschaftsförderung Bremen)
- Nikolai Goldschmidt (Bremer Jugendring)
- Benjamin (Tipi) de Beisac (Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder – Stamm Lesmona)
- Daniel Heinemann (CVJM)
- Melanie Küttner (Kreisjugendwerk der AWO Bremen)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung 11/2019-2023 des Beirates Horn-Lehe vom 18.02.2021
3. **Sachstand Alter Campingplatz**
4. Globalmittel
5. Anträge aus dem Beirat
6. Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
7. Mitteilungen des Orsamtes
8. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Referentinnen und Referenten, die Beiratsmitglieder, Pressevertretungen und die zugeschalteten Bürgerinnen und Bürger.

Frau Köstner teilt mit, dass das Ortsamt Horn-Lehe seit dem 16.03.2021 durch Charlotte Eckardt als Kommunale Sachbearbeiterin unterstützt wird. Nach aktuellen Überlegungen soll Frau Eckardt nach erfolgter Einarbeitung die folgenden Fachausschüsse übernehmen:

- Soziales und Sport
- Projekt
- Zukunft, Kultur, Stadtteilentwicklung und Jugendbeteiligung
- Jugendbeirat

Frau Eckardt stellt sich selbst kurz den anwesenden Beiratsmitgliedern vor.

Beschluss: Die Tagesordnung wird genehmigt. **(einstimmig)**

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung 11/2019-2023 vom 18.02.2021

Beschluss: Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt. (einstimmig)
--

Zu TOP 3: Sachstand Alter Campingplatz

Frau Köstner gibt einen kurzen Überblick über die Befassung des Beirates mit dem Thema Alter Campingplatz seit 2016. Der Beirat habe bereits seinerzeit einen Beschluss zum Erhalt des Alten Campingplatzes gefasst. Im Zuge der Bürgerschafts- und Beirätewahlen im Jahr 2019 habe eine Podiumsdiskussion des Bremer Jugendrings zur Zukunft des Alten Campingplatzes stattgefunden. Später im gleichen Jahr wollte sich der zuständige Fachausschuss mit der Angelegenheit befassen, hierzu kam es allerdings aufgrund der Absage des Wirtschaftsressorts nicht. In einer schriftlichen Stellungnahme wurde der Beirat in Kenntnis gesetzt, dass die im Jahr 2016 gegenüber dem „Verein der Freunde und Dauercamper auf dem Naturcampingplatz Bremen e.V.“ ausgesprochene Kündigung weiterhin Bestand habe. Gleichzeitig wurde angestrebt, das Gelände zu verpachten. Seitdem sei kein Fortschritt zu erkennen, weshalb es regelmäßig zu Nachfragen des Beirates komme.

Sie benennt die aktuellen Probleme, die hauptsächlich bei der unklaren Zuständigkeit und dem bereits langandauernden Prozess liegen.

Frau Gessner teilt mit, sie sei bei der Wirtschaftsbehörde für das Sondervermögen Gewerbeflächen zuständig. Sie stellt klar, dass die Zuständigkeit für das Gelände beim Ressort Wirtschaft, Arbeit und Europa (WAE) liege. Die Wirtschaftsförderung Bremen ist für die operativen Fragestellungen zuständig und WAE für die strategische Ausrichtung. Ein Entwicklungsplan des Ressorts für das Gelände gibt es nicht. Man ist offen für die Vorschläge der Jugendverbände. Es findet eine Zusammenarbeit mit dem Ressort Soziales statt, da dieses für die Jugendarbeit vor Ort zuständig ist. Sie betont, dass von den Jugendverbänden ein Konzept erstellt werden müsste, wonach dann von ihrer Seite die Kosten ermittelt werden könnten.

Frau Schrader führt aus, dass es grundsätzlich Interesse des Ressorts Soziales gibt, das Gelände Alter Campingplatz für die Jugendarbeit zu nutzen. Sie sieht gleichzeitig einigen finanziellen Investitionsbedarf, da die Gebäude nicht mehr nutzbar seien.

Seit gestern (17.03.2021) liege ein Antrag der Jugendverbände Bremer Jugendring, Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder, CVJM und Kreisjugendwerk der AWO Bremen für Mittel aus dem Bremen-Fonds zur Bewältigung von Corona-Folgen vor, der als Arbeitsgrundlage angesehen wird.

Herr Koppel fragt, ob eine Weiterführung der Arbeit durch die Jugendverbände vorgesehen ist.

Frau Gessner antwortet, dass darüber derzeit Gespräche geführt werden und es deswegen noch keine Antwort auf diese Frage gibt.

Herr de Baisac von den Pfadfindern spricht für die vier beteiligten Jugendverbände und erklärt, dass 2019 ein umfangreiches Konzept und eine Kostenkalkulation zur vollen Sanierung des Geländes erarbeitet wurde, die sogenannte große Lösung. Die Gespräche darüber sind durch die Corona-Pandemie ins Stocken geraten. Der gestellte Antrag auf Mittel aus dem Bremen-Fonds stellt eine kleine Lösung dar, mit dem Ziel, im Sommer 2021 den Alten Campingplatz für die Jugendarbeit überhaupt nutzen zu können. Gerade jetzt seien Aktivitäten im Freien und Sommerfreizeiten ganz wichtig. In erster Linie werden Container mit sanitären Anlagen und Spielgeräten benötigt. Die Nutzung des Areals könnten damit auch auf Kitas und Schulen erweitert werden. Als verbindlicher Ansprechpartner soll ein Förderverein gegründet werden, dem unter anderem die vier Jugendverbände angehören würden.

Er betont, dass es mit den Dauercampern keine Probleme gebe. Man helfe sich gegenseitig bei Reparaturarbeiten und beim Reinigen der Anlage.

Frau Köstner ergänzt, dass die Gründung eines Dachverbandes wichtig sei.

Frau Bäuerlein begrüßt die Wiederaufnahme der Gespräche und die Gründung des Fördervereins, insbesondere da sich der Prozess schon lange ohne Ergebnis hinzieht. Sie betont, dass bis zum Sommer etwas passieren müsse, damit in diesem Jahr noch Jugendarbeit dort stattfinden kann.

Frau Schrader gibt zu bedenken, dass es neben den notwendigen Investitionen auch laufenden Folgekosten gibt. Ein Nutzungskonzept können nicht vom Kinder- und Jugendreferat erarbeitet werden, dieses müsse von den Verbänden kommen.

Eine Bürgerin stellt eine Gründungsinitiative für eine inklusive Oberschule vor, der sie angehört und die bereit im Kontakt mit den Freunden der Uniwildnis sind. Die Initiative hat auch Interesse an der Nutzung des Geländes und an einer Zusammenarbeit mit den Verbänden und den Dauercampern.

Frau Köstner bittet die Rednerin, dem Ortsamt Unterlagen der Gründungsinitiative zuzuschicken.

Herr Koppel betont, dass das Gelände weiterhin für die Jugendarbeit genutzt werden müsse. Eine naturnahe Stadt sei sehr wichtig für Kinder und Jugendliche. Er bittet um Auskunft, welche weiteren Schritte geplant sind und welche Voraussetzungen für eine weitere Nutzung erforderlich sind. Beide Ressorts müssten zusammenarbeiten und ein entsprechendes Konzept mit erarbeiten.

Frau Gessner antwortet, dass ein Termin zwischen WAE, Soziales und den Jugendverbänden vereinbart wurde, bei dem geprüft werden soll, was auf diesem Gelände machbar ist.

Frau Köstner bittet darum, sie bei dem Treffen mit einzubinden, damit sie den Beirat Horn-Lehe informieren kann.

Frau Gessner werde diesbezüglich Rücksprache halten.

Herr Behrendt befürwortet ausdrücklich die weitere Einbindung des Ortsamtes. Des Weiteren stellt er zwei Fragen: Wie sieht die Perspektive für die weitere Arbeit auf dem Gelände aus, da Container eher nach einer Zwischenlösung klingen? Es ist vom Sozialressort ein Konzept zur Jugendverbandsarbeit in Arbeit. Kommt in diesem die Nutzung des Alten Campingplatzes vor?

Frau Schrader antwortet, dass es sich beim dem Konzept zur Jugendverbandsarbeit und dem Konzept zur Nutzung des Alten Campingplatzes um zwei verschiedene Dinge handelt. Letzteres müsse von den Akteuren vor Ort entwickelt werden.

Herr Porthun fragt, ob es einen Stufenplan zur Renovierung des ganzen Geländes gibt.

Frau Gessner antwortet, dass vor einem Stufenplan ein Zielkonzept erarbeitet werden muss. Für dessen Entwicklung habe man mit dem Antrag der Verbände nun eine Arbeitsgrundlage.

Frau Köstner hakt nach, ob die Jugendverbände mit der Erarbeitung des Konzeptes alleinstünden.

Frau Gessner betont, dass die Verbände bereits Unterstützung erhalten haben. Unter anderem wurde der Kanal begutachtet und erhebliche Schäden festgestellt. Das Raumprogramm müsse von den Verbänden erarbeitet werden. Für die weitere Zusammenarbeit sind die Aufgaben klar verteilt.

Herr Heinemann bedankt sich für die bisherige Zusammenarbeit mit WAE und Soziales. Er erläutert, dass sich der Prozess unter anderem durch die Corona-Krise verlängert habe. Er betont, dass die Jugendverbände fast alle ehrenamtlich betrieben werden und man deshalb keine Kapazitäten für die Erstellung von Konzepten habe. Die große Lösung ist zunächst vom Tisch. Die kleine Lösung steht derzeit im Fokus, damit im Sommer 2021 Freizeitangebote stattfinden können. Mit den beantragten Maßnahmen kann die Arbeit der Verbände fortgesetzt werden, da diese hauptsächlich draußen stattfindet. Wichtig sind Sanitäreanlagen und Lagerräume. Einen Förderverein kann er sich gut vorstellen, aber wichtig seien auch Ansprechpartner in der Behörde.

Frau Köstner erkundigt sich, wie langlebig die anvisierten Container sind.

Frau Gessner sagt, dass es Container von höher Qualität gibt und diese eine langfristige, attraktive Lösung darstellen können.

Herr Behrendt fragt, ob eine Sanierung der Camperküche geplant ist oder dafür auch Container angeschafft werden müssen.

Herr Heinemann bietet an, den Antrag für Mittel aus dem Bremen-Fonds dem Ortsamt zur Verfügung zu stellen. Die Camperküche soll nicht völlig saniert, sondern zunächst nutzbar gemacht werden. Container sind für die sanitären Anlagen und Unterbringung der Spielgeräte vorgesehen. Eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit den Dauercampers wird auch für die Zukunft gewünscht.

Frau Küttner ergänzt, dass der Antrag eine Arbeitsgrundlage darstellt und im weiteren Verlauf konkretisiert werden wird. Corona erfordert neue Hygiene-Standards, weswegen Mittel aus dem Bremen-Fonds für die Bewältigung der Corona-Folgen beantragt wurden. Sie betont, dass in diesem Sommer ein großer Bedarf an Freizeitangeboten für Kinder besonders im Freien erwartet wird.

Frau Gessner gibt auf Nachfrage von Frau Köstner an, dass sowohl der Antrag, der derzeit die Arbeitsgrundlage darstellt, als auch der finale Antrag für die Mittel aus dem Bremen-Fonds dem Ortsamt zur Kenntnis geschickt werden könne.

Herr Koppel reicht einen Änderungsantrag zu den beiden vorliegenden Anträgen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen ein, der beide miteinander verbinden würden.

Frau Bäuerlein beantragt, dass aus dem Änderungsantrag der erste Abschnitt, der eine Wiederaufnahme der Gespräche fordert, geändert wird, da dies offensichtlich bereits geschehen ist. Der Abschnitt über die Einigung der Zuständigkeit kann dank der Ausführungen der Gäste gestrichen werden. Darüber hinaus unterstützt sie den Änderungsantrag von Herrn Koppel.

Der Antrag der SPD und der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen werden zugunsten des Änderungsantrags zurückgezogen.

Frau Köstner bittet erneut darum, dass das Ortsamt im weiteren Prozess mit einbezogen wird und dankt den Gästen für ihre Ausführungen.

<p>Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe fordert die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf, die Gespräche zum Thema „Alter Campingplatz“ weiterzuführen.</p> <p>Der Beirat erwartet, dass die beteiligten senatorischen Dienststellen die Jugendverbände in ihren Absichten zur Nutzung des alten Campingplatzes weiter aktiv unterstützen und die notwendigen finanziellen Mittel zum weiteren Betrieb des Geländes für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stellen.</p> <p>Der Beirat fordert, dass die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die eine anderweitige wirtschaftliche Verwertung des Geländes ausschließen, um den Abschluss eines nachhaltigen langfristigen verbindlichen Vertrages mit einem der Träger der Jugendarbeit zu gewährleisten. Bei der Pacht erwartet der Beirat Horn-Lehe, dass nicht der marktübliche Preis sondern eine Pacht in sozialverträglicher Höhe vereinbart wird.</p> <p>Begründung: Der Alte Campingplatz hat in den letzten Jahren eine zunehmende Bedeutung für die Durchführung kostengünstiger Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche aus dem gesamten Bremer Stadtgebiet gewonnen. Unterschiedliche Organisationen der Jugendarbeit (u.a. CVJM, Pfadfinder und Jugendwerk der</p>
--

AWO) sind froh darüber, dass es in Horn-Lehe einen derart optimalen und nicht kommerziell genutzten Platz für Ferienfreizeiten und Jugendarbeit gibt. Zuletzt haben ca. 1.000 Kinder und Jugendliche jährlich das Angebot genutzt. Ebenfalls besteht für Schulen und Kitas das Angebot für Klassenfeste, Wandertage oder Klassenfahrten zum Alten Campingplatz. Für die Fortführung dieser Jugendarbeit ist es unerlässlich, die inzwischen stark sanierungsbedürftigen Gemeinschaftsanlagen (Haus, Elektrizität) in einen angemessenen Zustand zu versetzen. Kostenschätzungen durch das Wirtschaftsressort 2019 ergaben einen vom Beirat in dieser Höhe nicht nachvollziehbaren Aufwand für die Sanierung bzw. einen Neubau von 2,2 bis 2,9 Millionen Euro. Ein entsprechender von SWAE angemeldeter Mehrbedarf wurde vom Senat für den Haushalt 2020/2021 dann auch leider nicht bewilligt. Der Beirat geht davon aus, dass zur Herstellung einer guten und sicheren Funktionstüchtigkeit der Anlagen kostengünstigere Lösungen möglich sind. **(Einstimmig)**

Zu TOP 4: Globalmittel – Vergabe von Beiratsmitteln

- BM 03/2021 – Förderverein Bibliothek Horn-Lehe e. V., Aktualisierung des Medienbestandes, Antrag über 1.000 € (gesamt: 2.009,13 €)

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe befürwortet die Förderung des Projektes „Aktualisierung des Medienbestandes“ des Fördervereins Bibliothek Horn-Lehe e.V. aus Globalmitteln in Höhe von 1.000 €. **(Einstimmig bei einer Enthaltung)**

- BM 04/2021 – TV Eiche Horn e.V., Umbau von zwei Tennis-Sandplätzen zu Ganzjahresplätzen, Antrag über 7.869,96 € (gesamt: 98.869,96 €)

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe befürwortet die Förderung des Projektes „Umbau von zwei Tennis-Sandplätzen zu Ganzjahresplätzen“ des TV Eiche Horn e.V. aus Globalmitteln in Höhe von 7.869,96 €. **(Einstimmig)**

- BM 05/2021 – Förderverein Jugendfeuerwehr Lehesterdeich e.V., Stromversorgung mittels Solaranlage für das Jugendzelt, Antrag über 1.400 € (gesamt: 1.506 €)

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe befürwortet die Förderung des Projektes „Stromversorgung mittels Solaranlage für das Jugendzelt“ der Jugendfeuerwehr Lehesterdeich aus Globalmitteln in Höhe von 1.400,00 €. **(Einstimmig)**

Zu TOP 5: Anträge aus dem Beirat

5.1 Bitte um Auskunft zum Landschaftsschutz für die Uniwildnis

Herr Koppel erläutert den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen.

Beschluss: Im Sommer 2012 hat die Bremische Bürgerschaft auf Antrag der Fraktionen der Grünen und der SPD beschlossen, die Uniwildnis unter Landschaftsschutz zu stellen.

1. Gilt der Landschaftsschutz mit dem Beschluss der Bürgerschaft bereits jetzt für das bezeichnete Gebiet?
2. Wann ist nach neun Jahren eine Rechtsverordnung für das gesamte Gebiet geplant?
3. Wie wird der Beirat Horn-Lehe an der Erstellung der LSGVO beteiligt werden?

(Einstimmig)

5.2 Bitte um Auskunft Kosten für Grünzug Horn-Lehe West

Her Koppel erläutert den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen.

Beschluss: Die Kosten für die Herstellung des Grünzuges im Gewerbegebiet Horn-Lehe West wurden von der Behörde mit überschlägig 1,5 Mio. Euro (50 Euro/qm) zuzüglich Kampfmittelräumung beziffert. Der Beirat Horn-Lehe bittet die Behörde um überschlägige Angabe der Kosten, wenn der Grünzug wie z.B. der Hollerpad im Wohngebiet Hollergrund als einfacher Spazierweg hergestellt werden würde. Die Kosten für Baumpflanzungen wären nicht zu berücksichtigen, da diese aus den verschiedenen Baumprogrammen (Ersatzpflanzungen, 1000 Bäume, SWB-Pool) finanziert werden könnten. **(Einstimmig bei einer Enthaltung)**

5.3 Solarcity Bremen

Herr Dr. Graaf erläutert den interfraktionellen Antrag.

Beschluss: Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen alle öffentlichen Gebäude im Stadtteil Horn-Lehe mit Photovoltaikanlagen zur regenerativen Stromerzeugung ausgestattet werden. Der Beirat erachtet es für richtig, dass zunächst die Dächer mit PV-Anlagen ausgerüstet werden, bei denen keine vorherigen Sanierungen erforderlich sind und die Umsetzung schnell erfolgen kann. Diese Vorgehensweise ist sowohl wirtschaftlich als auch aus Gründen des Klimaschutzes geboten. Andernfalls gilt es zu prüfen, wie mit baulichen und technischen Veränderungen eine Anpassung erfolgen kann.

Die Ausstattung aller öffentlichen Neubauten mit Photovoltaikanlagen beziehungsweise die Vorbereitungen dafür sollen zur Pflicht werden. Zu prüfen ist, ob Solarthermieanlagen eine Ergänzung im Gesamtkonzept darstellen können.

Wir beziehen uns darüber hinaus auf die Handlungsvorschläge vom BUND und bitten Immobilien Bremen, die Klimaschutzteilkonzepte (KSTK) in der Beiratssitzung am 20.05.2021 vorzustellen und zu erläutern.

Begründung:

Der Beirat Horn-Lehe begrüßt den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zur Ausrüstung aller geeigneten öffentlichen Dächer mit PV-Anlagen. Aus seiner Sicht ist es sehr wichtig, dass die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion gerecht wird und eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Solar-Strategie des Senats einnimmt.

Der Klimawandel schreitet unvermindert voran, alle Prognosen der Klimaforscher, die bereits vor Jahrzehnten gemacht wurden, sind bisher eingetreten, oft sogar der worst case. Demzufolge müssen wir davon ausgehen, dass auch die Prognosen für die weitere Entwicklung so, wie vorausberechnet eintreffen werden. Um das zu verhindern, ist ein viel stärkeres Umsteuern in der Energiepolitik von höchster Priorität. Auch trotz Coronapandemie ist der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre 2020 weiter angestiegen. Der leichte Rückgang durch die verminderte Industrieproduktion und geringeren Verkehr haben nur eine kleine Delle in der ansteigenden CO₂-Kurve, aber in keiner Weise einen Rückgang verursacht. Dementsprechend hat die Bremer Bürgerschaft 2020 den Klimanotstand ausgerufen. Dies ist absolut ernst zu nehmen. Notstand bedeutet, dass alle verfügbaren Ressourcen auf die Lösung des Notstandes konzentriert werden müssen.

Als unmittelbar umsetzbare und klimawirksame Maßnahme fordern wir daher vom Land Bremen, ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen und unverzüglich damit zu beginnen, alle zur Verfügung stehenden Dächer mit

Photovoltaikanlagen auszustatten. Dies ist nur ein Planungsproblem, kein finanzielles. Photovoltaikanlagen sind schon heute bei Eigenverbrauch wirtschaftlich, so dass sie reine Investitionsanlagen darstellen. Finanzielle Gründe können also kein Hinderungsgrund für diese klimapolitisch absolut notwendige Maßnahme sein, da die Photovoltaikanlagen nach etwa 13 Jahren Amortisationszeit einen positiven finanziellen Beitrag zum Bremer Haushalt abwerfen. **(einstimmig bei einer Enthaltung)**

5.4 Vollständige Ausfinanzierung des Wissenschaftsplans 2025

Herr Steglich erläutert den Dringlichkeitsantrag von DIE LINKE.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe erkennt die Dringlichkeit des Antrages an. **(einstimmig)**

Beschluss:

1. Der Beirat Horn-Lehe fordert die Senatorin für Wissenschaft und Häfen auf, den Wissenschaftsplan 2025 in voller Höhe auszufinanzieren.
2. Der Beirat Horn-Lehe fordert den Bremer Senat entsprechend auf, in seiner Sitzung am 23.03.2021 die vollständige Ausfinanzierung des Wissenschaftsplan 2025 zu beschließen, damit Personalentlassungen und Studiengangschließungen an der Universität Bremen und den Bremer Hochschulen vermieden werden können.
3. Der Beirat Horn-Lehe fordert den Bremer Senat entsprechend auf, in seiner Sitzung am 23.03.2021 die vollständige Ausfinanzierung des Wissenschaftsplan 2025 zu beschließen, damit Personalentlassungen und Studiengangschließungen an der Universität Bremen und den Bremer Hochschulen vermieden werden können.

Begründung:

Die in Horn-Lehe angesiedelte Universität ist nicht nur von hoher sozialer Bedeutung für den Stadtteil, sondern gemeinsam mit den anderen Bremer Hochschulstandorten auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Bundesland Bremen. Mit seinen rund 24.000 Arbeitsplätzen generiert allein der Wissenschaftssektor jährliche Steuereinnahmen von 205 Mio. Euro, während sich die gesamte Wertschöpfung des Wissenschaftssystems auf ca. 1,5 Mrd. Euro jährlich beläuft. Nicht zuletzt werden 40.000 Einwohner:innen mit einer entsprechenden Kaufkraft durch die Universität und die Hochschulen an das Land Bremen gebunden. Zahlreiche Studierende und an der Universität Beschäftigte wohnen im Stadtteil. 16 Prozent des Wohnbestandes in Horn-Lehe sind Wohnungen in Studierendenwohnheimen.

Nachdem im Zusammenhang mit der Pandemie bereits ein Teil der Finanzierung von ursprünglich vereinbarten 531 Mio. Euro des Wissenschaftsplan 2025* ausgesetzt wurde und von der Senatorin für Wissenschaft für die Hochschulen Bremen nur noch 481 Mio. Euro im Senat beantragt wurden, soll nun noch nicht mal dieser Aufwuchskompromiss ausgezahlt werden. Die Universität Bremen in Horn-Lehe und alle anderen Hochschulen des Bundeslandes würden erheblichen Schaden als Studien- und Forschungsstandorte erleiden, wenn die zugesagten Mittel ausbleiben. Es käme nicht nur zu einem folgenschweren Abbau von Studien- und Arbeitsplätzen, sondern auch der Forschungsinfrastruktur insgesamt. (*<https://t1p.de/9im4>)

Denn nur dann, wenn der Wissenschaftsplan 2025 wie 2019 beschlossen in voller Höhe ausfinanziert wird, können bevorstehende Personalentlassungen und Studiengangschließungen abgewendet werden. Politisch angestoßene Projekte, wie etwa die Wiederaufnahme des Studiengangs Sportpädagogik und der Bau entsprechender Sportanlagen im Stadtteil, könnten so gar nicht erst realisiert

werden. Die weitere Unterfinanzierung und finanzielle Austrocknung der Bremer Hochschullandschaft widerspricht dem erklärten Credo der Regierungskoalitionen nach „guten“ Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb und nicht zuletzt den Ansprüchen einer Exzellenzuniversität mit einer entsprechenden Qualität in Studium, Forschung und Lehre.

Die Dringlichkeit ergebe sich aufgrund aktueller Streichungsvorhaben der Wissenschaftssenatorin und der dazu beschließenden Sitzung des Senats am 23.03.2021. **(einstimmig)**

Zu TOP 6: Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten ./.

Zu TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtes

23.03.2021 Fachausschuss Zukunft, Kultur, Stadtteilentwicklung und Jugendbeteiligung
25.03.2021 Fachausschuss Projekt
15.04.2021 Beirat (Horner Bad und VEP)
19.04.2021 Fachausschuss Klima, Umwelt und Verkehr
29.04.2021 Fachausschuss Soziales und Sport

Das Ortsamt ist über die Osterfeiertage (02.04.2021 bis 05.04.2021) geschlossen.

Der Beirat nimmt die Terminplanung zur Kenntnis.

Zu TOP 8: Verschiedenes

- Herr Hintmann erkundigt sich bezüglich der an die Beiratsmitglieder versendeten Mitteilung zur Rotfärbung vom 03.12.2020.
Frau Köstner erklärt, dass es sich hierbei um die Kennzeichnung von Radwegen handelt.
- Herr Dr. Graaf bedankt sich beim Amt für Soziales Dienste (AfSD) für die Finanzierung des Spielplatzes in der Riemstraße.
Frau Köstner teilt mit, dass sie den Dank an Frau Golovan (AfSD) weiterleiten wird.
- Herr Koppel bittet um Auskunft über den Spielplatz im Anna-Wegener-Weg, da die Spielgeräte dort aktuelle gesperrt sind.
Frau Köstner äußert, dass es sich bei diesem Spielplatz nicht um einen öffentlichen Spielplatz handelt. Sie sichert zu, die Anfrage an die Gewoba und an das AfSD mit der Bitte um Weiterleitung zu senden.
- Herr Behrendt fragt, ob die Mängel, die beim Spielplatz Vorkampsweg festgestellt wurden (Klettergerät und Tischtennisplatte), weitergeleitet worden sind.
Frau Köstner wird der Frage nachgehen.
- Frau Köstner teilt mit, dass die Beiratssitzung am 15.04.2021 wieder digital stattfinden wird.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Dr. Harald Graaf
- Beiratssprecher -

Maren Gagelmann, Charlotte Eckardt
- Protokollführerinnen -